

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreikönigsstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 28. Oktober 1931

Nummer 86

Durch Kapitalismus zum Sozialismus

Weizen wird verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben... die in der Krise verelendeten arbeitslosen Massen verfluchen eine Wirtschaftsordnung, die dazu führt, daß, während sie Hunger leiden, wertvolle Schöpfungen menschlicher Arbeit, die Bedürfnisse der Menschen befriedigen könnten, vernichtet werden. Und so wird man nicht wenig überrascht, wenn diese Tatsachen plötzlich herangezogen werden, nicht um den Kapitalismus zu verdammen, sondern um ihn zu rechtfertigen. Solche Versuche zur Rechtfertigung des Kapitalismus treten jetzt häufig hervor. Seine Vertreter, unter deren Füßen der Boden zu wanken beginnt, gehen zum Angriff über und möchten beweisen, daß nicht der Kapitalismus schuld an den Nöten der Krise habe, sondern die Verfallung des Kapitalismus durch den Staat. Es seien die Eingriffe des Staates in den freien Ablauf der Wirtschaft, die es verhindern, daß die Selbststeuerung der Wirtschaft, ihr ständiger Anpassungsprozeß an die veränderten Marktverhältnisse die in der Wirtschaft entstandenen Mißverhältnisse beseitigt. Auf diesen Ton wurde der Aufruf der Unternehmerverbände abgestimmt, der die Verfallung des Kapitalismus durch ihn „wesensfremde“ Elemente beklagt. Dieser Gehantelung wurde kürzlich auch in einer Artikelreihe der „Frankfurter Zeitung“ vertreten. Dieselbe Zeitung will jetzt den Aufzug, daß Weizen verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben wird, nicht als eine Sünde des Kapitalismus anerkennen, sondern ihn der gebundenen Wirtschaft bzw. den staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft in die Schuhe schieben. Indessen ist diese Darstellung falsch und verlogen. Die Ehrenerrettung des Kapitalismus wird auf diese Weise nicht gelingen.

Falsch ist die Behauptung, daß die freie, vom Staat unbehinderte kapitalistische Wirtschaft den störungsreichen Lauf der Produktion und des Verbrauchs verbürgen kann. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion muß die Störungen der Wirtschaft immer wieder herbeiführen, immer wieder Krisen verursachen. Wir wissen von Konjunkturen und Krisen genug, um festzustellen, daß die Selbststeuerung der kapitalistischen Wirtschaft, unbekümmert um staatliche Eingriffe, äußerst schlecht funktioniert. Wir wissen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft sich stets Mißverhältnisse sowohl zwischen den einzelnen Gliedern der Wirtschaft wie zwischen Produktion und Massenkaufkraft entwickeln müssen, die dann unsehbar zur Krise führen. Ebenso wissen wir, daß die Überwindung einer kapitalistischen Krise nur mit gewaltigen Verlusten und Wertverminderungen und auf Kosten der Arbeiterklasse, die für die kapitalistische Anarchie mit Arbeitslosigkeit aufkommen muß, behoben werden kann.

Verlogen ist der Versuch zur Rechtfertigung des Kapitalismus, wenn er die Dinge so hinstellt, die staatlichen Eingriffe seien den kapitalistischen Unternehmern wesensfremd, die wünschten die freie, ungebundene Wirtschaft, und es seien allein die antikapitalistischen Kräfte, die dem Kapitalismus Fesseln anlegen und ihm die Selbststeuerung unmöglich machen. Auf dem Leipziger Kongreß des VFD-Bundes hat Rudolf Hilferding treffend vom Pseudo-Liberalismus der Unternehmer gesprochen, die den liberalen Grundgeden der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft schon von Anfang an untreu geworden sind und die Eingriffe des Staates für ihre Profitinteressen stets in Anspruch nahmen. Was ist denn der moderne Imperialismus des Hochkapitalismus anders, als daß die Unternehmer in ihrem Kampf um Absatz und Anlageplätze die bewaffnete Hilfe des Staates in Anspruch nehmen? Wenn die Schwerindustrie ihre politische Macht einsetzt, um die Aufrüstung durchzuführen und sich dadurch große Bestellungen zu sichern? Wenn die Unternehmer ihren politischen Einfluß ausnützen, um Zölle zu erhalten, die sie dann instand setzen, mächtige Kartelle zu gründen, um sich Marktbeherrschung und Monopolpreise zu sichern? Alle diese staatlichen Eingriffe erfolgen auf Wunsch der Kapitalisten, ja sie werden von ihnen erzwungen. Diese Eingriffe sind nun geeignet, die Störungen der Wirtschaft, die sich aus der kapitalistischen Anarchie ergeben, außerordentlich zu steigern. Sie führen zu Fehlinvestitionen, indem sie die Lenkung der Kapital- und Arbeitskräfte in die Bahnen, wo sie am produktivsten wirken könnten, verhindern. Sie lenken den nationalen und internationalen Kapitalstrom von den Stellen, an welchen sie fruchtbar werden könnten, ab. Es geht nicht, daß die Unternehmer das Schlagwort

von der gebundenen Wirtschaft nur dann gebrauchen, wenn bestimmte staatliche Eingriffe, wie Tarife und Schlichtungswesen, Sozialpolitik, Steuern, unter Umständen ihren Profit beschneiden und in allen Fällen schweigen, wo sie die Mitwirkung des Staates in ihrem Profitinteresse erstreben und durchsetzen.

Wir wissen, daß die Abschaffung der staatlichen Eingriffe die Widersprüche des Kapitalismus nicht zum Verschwinden bringen würde, schwere Krisenstörungen nicht beseitigen könnte. Wenn wir aber für einen Augenblick und nur der Diskussion halber annehmen, daß der Verzicht auf staatliche Eingriffe und auf gebundene Wirtschaft zu diesem Ziel führen würde, so müssen wir weiter fragen: Ist die Wiederherstellung der freien Wirtschaft bei der gegenwärtigen Struktur der Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft überhaupt möglich? Ginge es nach dem Wunsch der Unternehmer, so könnte man wohl die staatlichen Eingriffe in die Lohnbildung, die Ausgaben für die Sozialpolitik abschaffen — würde das die Wiederherstellung der freien Wirtschaft bedeuten? Die Unternehmer der Welt würden offenbar auf Zölle nicht verzichten. Wir sehen nicht das geringste Zeichen dafür, daß ein solcher Wille auch nur in wenigen Ländern der Welt vorhanden wäre. Nehmen wir aber an, die Zölle würden in der ganzen Welt verschwinden. Auch das würde noch nicht die Rückkehr zu einer — in Wirklichkeit nie dagewesenen — freien Wirtschaft bedeuten. Die großen Kapitalzusammenballungen, Trusts, Kongerne, Kartelle, sind einmal da und würden auch dann nicht verschwinden, wenn die Zölle beseitigt wären. Es wirken stärkste Entwicklungstendenzen, die in den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation verborgen sind, in der Richtung der Konzentration des Kapitals und der Entsehung von Mammutunternehmungen, für die Ausschaltung der freien Konkurrenz. Könnten diese Großorganisationen des Kapitals nicht zerfallen werden, was offenbar nicht erwartet werden kann, so muß die Monopolwirtschaft mit allen ihren Folgewirkungen auf die Wirtschaft — falsche Lenkung der Produktivkräfte, Fehlinvestitionen, vermehrte Ausbeutung — bestehen bleiben. Dies um so mehr, da parallel mit den industriellen Großunternehmungen auch das nationale und internationale Finanzkapital erstarkte und in engerer Verbindung mit dem Industriekapital das Kreditwesen, diesen mächtigen Faktor der kapitalistischen Wirtschaft, beherrschte. Wir erfahren bisher noch nichts von einer Absicht der Anhänger der freien Wirtschaft, das Finanzkapital zu zerfallen. Bleiben aber die gegenwärtigen Verhältnisse in bezug auf Zölle, Kartelle, Trusts, Kongerne, Finanzkapital bestehen, so ist es ein Aufbruch, von der Wiederherstellung der freien Wirtschaft zu reden. Daß all diese Dinge geflissentlich verschwiegen werden — höchstens gegen die Zölle erfolgt gelegentlich ein theoretischer Angriff seitens der liberalen Anhänger der freien Wirtschaft! —, darin liegt ihre ganze Verlogenheit.

Wieso wird nun die Tatsache, daß heute Weizen verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben wird, zur Ehrenerrettung des Kapitalismus herangezogen? Für Weizen, Kaffee und Baumwolle erfolgten in verschiedenen Zeiten staatliche Eingriffe zur Steigerung der Preise dieser Waren. Verschiedene Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff „Valorisierung“ zusammengefaßt werden, dienten zur künstlichen Stützung der Preise. Diese Preisstimmungen mit Hilfe des Staates haben die Wirtschaftskatastrophe für die Produzenten in diesen Wirtschaftszweigen in der Tat nur erhöht. Die Valorisierungen blieben nämlich auf dem halben Weg stehen. Durch verschiedene Stützungsmaßnahmen, wie Anpflanzung von Borräten und deren Zurückhaltung vom Markt, durch Ausfuhrverbote usw., konnte man die Steigerung der Preise bewirken. Diese Preissteigerungen gaben den Produzenten Anlaß, die Produktion übermäßig auszuweiten. Als dann die Weltkrise kam, traf sie auf eine außerordentlich erhöhte Leistungsfähigkeit der Produktion (Ausbeutung der Anbauflächen) und auf große Borräte. Der Preissturz der künstlich gestützten Waren war größer als er ohne Stützung gewesen wäre. Ist aber der Fehlschlag der Valorisierung ein Argument für die freie und gegen die organisierte Wirtschaft? Die Valorisierungen waren freilich falsch. Ihr Fehler lag aber nicht darin, daß organisierte Eingriffe in die Produktion erfolgten, sondern daß sie falsch und unzureichend waren. Nicht das Juviel, sondern das Zuwenig an Organisation hat die Katastrophe verursacht. Jene Valorisierungen wurden vorgenommen, um die

Preise der Produkte einzelner Volkswirtschaften zu erhöhen, ohne gleichzeitig den Produktionsumfang zu regeln, auch ohne Rücksicht auf die Verbraucher und auf die Produktion in anderen Ländern. Es erfolgten staatliche Eingriffe nicht zugunsten der Volkswirtschaft, sondern zugunsten einzelner Gruppen der Bevölkerung, die ihren politischen Einfluß geltend machen. Die Valorisierungen lagen so auf derselben Ebene wie die Zölle, die als staatliche Eingriffe von den Unternehmern erzwungen werden. Daß sie zu keinem guten Ende führten, daraus ergeben sich lehrreiche Feststellungen. Man darf die staatlichen Eingriffe nicht berat vornehmen, daß sie einzelnen bevorzugten Schichten vorübergehend nützen und die Keime des Rückfalls bereits am Beginn in sich tragen. Vielmehr müssen sie eine planvolle Organisation der Wirtschaft zur besten Ausnutzung der Produktivkräfte in Verbindung mit dem Schutz der Verbraucher und nicht unter Vernachlässigung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zum Ziel haben. Die Rückkehr zur freien Wirtschaft würde die Krisen nicht verhüten, ganz abgesehen davon, daß sie überhaupt nicht möglich ist. Ein Zurück gibt es nicht, nur ein Vorwärts ist möglich. Vorwärts bedeutet die planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft. Da aber die planvolle Organisation der Wirtschaft auf Grund von Profitinteressen nicht erfolgen kann, bedeutet sie, vollständig durchgeführt, den Sozialismus. T. H.

Zustände im Kölner Mostau-Drucktempel

Im „Korrespondent“ Nr. 70, Seite 436, ist über den bestehenden Konflikt schon berichtet worden. Es wurde versprochen, über den weiteren Verlauf des Konflikts zu gegebener Zeit zu berichten. Dieses Versprechen soll hiermit eingelöst werden. Bekanntlich wurde die Firma Westdeutsche Buchdruckwerkstätten AG., Filiale Köln, am 26. August vom Kölner Arbeitsgericht verurteilt, die 14 Kläger wieder einzustellen, andernfalls die beantragte Entschädigungssumme zu zahlen sei. Die gesamten Entschädigungssummen bezifferten sich auf 23 900 M. Gegen dieses Urteil legte die Firma Berufung beim Kölner Landesarbeitsgericht ein. Die Berufungsverhandlung fand am 20. Oktober statt. Beide Parteien hatten Rechtsanwältinnen zur Prozeßvertretung gestellt. Die Verhandlung dauerte rund sechs Stunden und endete mit einem Vergleich, wonach die Firma an die Kläger 4000 M. zu zahlen hat, zahlbar je 1000 M. am 1. November, 1. Dezember, 1. Januar und 1. Februar; bleibt die Firma länger als 14 Tage mit einer Rate in Bezug, ist die Gesamtsumme fällig. Außerdem muß die Firma die Gerichtskosten und die Rechtsanwaltskosten bezahlen. Ein Rechtsanwalt bekommt 1500 M. Die Firma hat also über 8000 M. insgesamt zu betrapen.

Warum sind die Kläger auf einen Vergleich eingegangen? Deshalb, weil nach Ansicht des Richters in einigen Fällen der Betriebsrat nicht alle Formalien bei der Einpruchs-erhebung beachtet hat und zu bestreiten stand, daß dieser formale Unterlassungssünden halber ein Teil der Kläger abgewiesen werden könnte. Dann aber auch ferner deshalb, weil zu bestreiten stand, daß, wenn ein obiges Urteil ergeht, daselbe auf dem Papier stand, weil das Geld nicht eintreibbar gewesen wäre, wie es auch bei einigen ähnlichen Prozessen in andern Städten der Fall gewesen ist. Berücksichtigt wurde auch noch die Einstellung des Richters, der erkennen ließ, daß in der heutigen Zeit man doch eine Firma nicht zur Zahlung einer Summe von fast 24 000 M. verurteilen könne. Der Richter kam mit zu dieser Einstellung, weil an Gerichtsstelle die finanzielle Lage der Firma als äußerst schlecht dargestellt wurde. Es wurde sogar darauf hingewiesen, daß der Betriebsratsvorsitzende doch selbst bei einem städtischen Werk um Nachsicht bezüglich der Bezahlung einer fälligen Rechnung gebeten habe, weil sonst die Löhne nicht ausgezahlt werden könnten.

Es dauerte sehr lange, ehe sich die Firma bereitgefunden hatte, auf den Vergleich einzugehen. Sie verfuhr immer wieder, billiger wegzukommen. Erst als sie merkte, daß die Kläger dann auf einem Urteil bestehen würden, kam der Vergleich zustande.

Man sollte nun meinen, die Firma wäre froh, so viel Entgegenkommen unverdientermaßen gefunden zu haben. Weit gefehlt! In der „Sozialistischen Republik“ vom Mittwoch, 21. Oktober, wird über den Ausgang des Prozesses berichtet. Die Schlagzeile lautet: Kölner Buchdrucker-Verbandsbürokratie kapituliert! Es wird dann zu dem Vergleich gesagt:

So geht's nicht weiter!

Die zweite Notverordnung des Verbandsvorstandes hat uns in allen Unterfüllungszweigen erhebliche Verschlechterungen gebracht. Am schlimmsten wird sich die Begrenzung der Notstandsunterfüllung auswirken. Einen andern Weg, der die Ausgaben mit den Einnahmen in der Verbandskasse in Einklang bringt, konnten auch Verbandsvorstand und Gauvorsitzer nicht finden. Aber gibt es denn gar keine andern Möglichkeiten mehr? Wir können nicht immer nur die Kräfte der Armen mit unsern Maßnahmen treffen. Es gibt noch Wege genug, wenigstens das jetzt Bestehende zu erhalten.

Der Ortsverein Neuruppin hat deshalb ein Notopfer zur Sicherung der Unterfüllungen beschlossen. Aus dem Bestand der Ortskasse werden zu diesem Zweck 100 M. an die Verbandskasse abgeführt. Der Gaugeneralein „Gutenberg“ Neuruppin schließt sich mit 50 M. an. Um laufende Mehreinnahmen in der Verbandskasse zu erzielen, werden monatlich 10 Pf. vom Ortsbeitrag an die Hauptkasse abgeführt. Nach erfolgter Abstimmung würde auch der V e z i r l Neuruppin mit 300 M. und der Hälfte des Beitrags folgen. Die nächste Bezirksversammlung kann bis zum Herbst 1932 verschoben werden. Haben sich auch dann die Verhältnisse nicht wesentlich gebessert, fällt sie für 1932 ganz aus. Einen agitatorischen Wert haben die Bezirkstage in der heutigen Zeit doch nicht, dafür kosten sie aber fast überall einen Laufener.

Würde sich nun auch der Gau unserm Opfer anschließen und auf 10 Pf. vom Gaubeitrag verzichten, dann würden z. B. die Neuruppiner Kollegen ab 27. September wdhentlich ohne Belastung des einzelnen 25 Pf. mehr Beitrag zur Verbandskasse leisten. Folgen unserm Beispiel mehr Mitgliedschaften, dann könnte der Verbandskasse geholfen werden, ehe es zu spät ist.

Nicht alle Kassen werden jetzt in der Lage sein, einen höheren Betrag abzugeben. In jeder Nummer des „Korr.“ kann man aber lesen, daß aus finanziellen Schwierigkeiten kein Maktum mehr an Durchreisende gesaft werden kann. Auch der Ortsverein Neuruppin stellt zunächst für das Winterhalbjahr die Auszahlung von Ortsgehältern ein. Die Umwandlung der Monatsverrechnungen in Quartalsverrechnungen bringt durch die Zehrgelder für arbeitslose Kollegen weitere Ersparnisse. Die nun noch erforderlichen Ausgaben können mit dem halben Beitrag gut bestritten werden.

Es gibt auch noch Gau-, Bezirks- und Ortsvereine, die erhebliche Summen für Extraintersubventionen zum Johannistfest, Weihnachtsfest usw. ausgeben. Wenn auch diese Beträge in den Verbandskassen fließen würden, müßten die Unterfüllungen für untre arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen sichergestellt sein. Die Begrenzung der Notstandsunterfüllung könnte vorläufig für das vierte Quartal fallen, das Vertrauen zur Organisation aber durch die Opferwilligkeit erhalten bleiben.

Angesichts der Not vieler Kollegen sollten wir auf alle in nächsten Jahr fälligen Verbands- und Gauteile verzichten. Beschüsse, die in der heutigen Zeit auf diesen Tagungen gefaßt werden, müßten oft nach wenigen Wochen aufgehoben oder revidiert werden. Wichtige Angelegenheiten lassen sich zu jeder Zeit schriftlich oder durch Abstimmung in den Ortsvereinsversammlungen regeln. Dadurch würde der Verbandsvorstand auch viel öfter die Meinung der Kollegen in den kleineren Orten erfahren. Kollegen, stellt alle Bedenken beiseite und bringt den Mut zur Selbsthilfe auf. Das Beispiel der Neuruppiner Kollegen muß in allen Mitgliedschaften unseres Verbandes Widerhall finden. Schließt euch an, interessiert euch um die Sparten für untre Bewegung. Nicht durch Resolutionen und Unterfüllungsabbau, nur durch tatkräftige Hilfe können wir die hoffentlich bald abflauende Krise überleben.

Neuruppin.

S.

Moderne Maschinenfärrerei

Wir leben im Zeitalter einer hochentwickelten Maschinentechnik. Es erscheint kaum denkbar, daß diese Entwicklung sowie die damit verbundene Anspannung und Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft noch wesentlich weiter gesteigert werden kann. Ist doch bei Anwendung der sogenannten wissenschaftlichen Arbeitsmethoden der Arbeiter bereits vielfach zum nahezu nur noch automatisch funktionierenden Mechanismus herabgewürdigt worden, der, an seinen Platz gesetzt, immer die gleichen Handgriffe zu verrichten hat und dessen Arbeitstempo unabhängig von seinem Willen durch die Maschine oder das laufende Band bestimmt wird. Wir vermögen jedoch nicht in die Zukunft zu blicken! Auch unsere Vorfahren glaubten, die technische Entwicklung ihrer Zeit als auf der Höhe stehend betrachten zu dürfen. Soweit einzelne sich weitergehenden Hoffnungen hingaben, verbanden sie damit Vorstellungen von einem märchenhaften Zustand menschlicher Freiheit und Glückseligkeit, die sich jedoch trotz aller, die kühnsten Erwartungen übersteigenden Fortschritte bis jetzt nicht erfüllt haben. Und das, obwohl in technischer Hinsicht alle Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Was bedeutet heute für uns die pessimistische Lehre des englischen Geistlichen Malthus, der noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts das beschönigende wirtschaftliche und soziale Elend der unteren Volksschichten damit erklärte, daß die Produktivität der menschlichen Arbeit stets hinter dem Bevölkerungszuwachs zurückbleibe und deshalb ein Teil der Bevölkerung verurteilt sei, sein Dasein in Not und Elend zu verbringen. Hunger und Seuchen waren so gottgewollte Einrichtungen, um den Bevölkerungszuwachs ein-

zuführen und einen natürlichen Ausgleich zwischen Erzeugung und Bedarf herbeizuführen.

Diese bis in unsere Zeit hineinreichende Auffassung ist durch die technische Entwicklung, zugleich aber auch durch die ständige Abnahme der Geburtenhäufigkeit gründlich widerlegt worden. Die Produktion an Lebensmitteln wie an Bedarfsgütern hat sich gewaltig erhöht und für ihre weitere Steigerung bestehen kaum ernsthafte Grenzen. Wir existieren förmlich in Überfluß, wie die Tatsache zeigt, daß in den Getreidebezirken Amerikas Weizen zum Heizen von Maschinen verwendet wird, in Brasilien ganze Schiffsladungen Kaffee ins Meer versenkt werden, die Kohlenhalden sich zu Bergen anhäufen, die Warenlager mit allen möglichen Bedarfsartikeln bis zum Bersten gefüllt sind, unzählige Betriebe stillliegen oder nur zum geringen Teil ihrer Erzeugungsfähigkeit beschäftigt werden und Millionen von Arbeitslosen vergeblich nach Arbeit suchen.

Ungeachtet aber dieser gewaltigen Steigerung der Erzeugungsfähigkeit der Arbeit hat sich das wirtschaftliche und soziale Elend der unteren Volksschichten nicht vermindert. So paradox es klingt, es ist so: Je leiden Mangel an Überfluß! Die technische Entwicklung ist statt zum Segen, zum Fluch für die arbeitende Menschheit geworden. Wir brauchen uns daher nicht zu wundern, wenn sich hieraus die gleichen Erscheinungen bemerkbar machen, wie sie schon einmal bei Beginn unseres Maschinenzeitalters und der industriellen Entwicklung auftraten. Von der zweiten Hälfte des 17. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts wurde von den Arbeitern, mehr noch aber von den in ihrer Existenz bedrohten Handwerkern, ein erbitterter Kampf gegen die Einführung der Maschine geführt. Sehr häufig führte dieser Kampf zu offenen Revolten und zu Zerstörungen von Maschinen und Fabriken. Wiederholt mußten die Behörden wegen der auffälligen Haltung der Bevölkerung die Anwendung von Maschinen verboten.

Nur langsam trat eine Beruhigung ein. Auf die Dauer erwies sich der Kampf gegen die Maschine als aussichtslos. Der technische Fortschritt war nicht aufzuhalten. Ein erheblicher Teil des bis dahin für die Produktion maßgebenden Handwerkerstandes fiel zwar der industriellen Entwicklung zum Opfer. Er sank ins Proletariat herab. Für die Arbeiter erfüllten sich jedoch die mit der Entwicklung der Maschinenanwendung gehegten Befürchtungen nur in beschränktem Umfang. Die Verbilligung der Produktion, die wachsende Kaufkraft und die Zunahme des Exports bewirkten, daß neue Arbeitsgebiete entstanden, die Lebenshaltung der Arbeiter stieg und mehr Arbeitskräfte zur Verwendung gelangten. Zwar gab es eine industrielle Reservearmee, die in Krisenzeiten beträchtlich anwuchs. Dagegen reichte in Zeiten günstiger Konjunktur oft die Zahl der vorhandenen Arbeiter kaum zur Befriedigung der Nachfrage aus. Auch in Deutschland bestand vor dem Kriege ein zeitweiser Arbeitermangel, der einen starken Zug von Arbeitskräften aus den landwirtschaftlichen Bezirken sowie aus dem Ausland veranlaßte.

Diese Verhältnisse haben sich in der Nachkriegszeit und besonders nach Durchführung der vor sich gehenden technischen und organisatorischen Rationalisierung der Industrie sehr erheblich verschlechtert. Wie in Deutschland hat auch in allen andern Industrieländern der Welt die Arbeitslosigkeit ständig zugenommen. Davon machen auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren wirtschaftlicher Aufschwung noch vor nicht langer Zeit geradezu als Wirtschaftswunder angestaunt wurde, keine Ausnahme. Während wir in Deutschland über 4 1/2 Millionen, in England über 2 Millionen Arbeitslose zählen, wird deren Zahl in der amerikanischen Union auf 6 bis 7 Millionen geschätzt. Eine staatliche Fürsorge wie in Deutschland steht diesen Arbeitslosen nicht zur Seite; sie sind ganz auf sich und die private Wohltätigkeit angewiesen. Daher erleben wir auch, daß sich gegenwärtig dort Vorgänge abspielen, die eine frappante Ähnlichkeit mit denen Europas während des 17. und 18. Jahrhunderts haben, wenngleich sie bis jetzt noch friedlicher Natur sind.

Die Feindschaft gegen die Maschine nimmt in den Vereinigten Staaten infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit einen allgemeinen Aufschwung erregenden Umfang an. Im Pittsburger Bergwerksbezirk sind unter der Arbeiterschaft lebhafteste Klirren ausgebrochen, die an Verbreitung gewinnen. Den Anstoß dazu bot die Einführung neuer Fördermaschinen unter Tage, wodurch zahlreiche Arbeiterentlassungen entfielen. Fast zur gleichen Zeit nahm eine größere Zigarettenfabrik neue maschinelle Einrichtungen in Betrieb, die ebenfalls Arbeiterentlassungen zur Folge hatten. Eine Kriegervermittlung von Arbeitslosen nahm hierzu Stellung und stellte an die Regierung die Forderung, in allen Industrien die Einführung von neuen, menschliche Arbeitskräfte ersparenden Maschinen zu verbieten.

In vielen großen Städten der Union hat diese Aufschwung der Arbeiter gegen die Mechanisierung der Arbeit ein starkes Echo gefunden und Sympathiefindungen hervorgerufen, denen sich die Presse weitgehend anschließt. Ganz ernsthaft wird die Frage erörtert, ob die Welt am Ende des Zeitalters der Mechanisierung der Arbeit stehe. Es wird dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob ein weiterer technischer Fortschritt auf dem Gebiet des Bearbeitungsprozesses trotz aller Möglichkeiten der Verbilligung der Erzeugnisse Gelegenheit bietet, die frei werdenden Arbeitskräfte zur Befriedigung neuer Bedürfnisse zu verwenden. Die Erregung der Öffentlichkeit ist bereits so weit fortgeschritten, daß Bedenken bestehen, ob die großen Betriebe es noch wagen dürfen, umfangreichere Arbeiterentlassungen auf Grund der Einführung neuer Maschinen vorzunehmen. Das mag übertrieben erscheinen. Immerhin sind diese Vorgänge besorgniserregend genug.

Sie (die klagenden Arbeiter) haben damit eingeleitet, daß die von ihnen erhobenen Ansprüche jeder Grundlage entbehren. Sie haben damit zugleich das Urteil gesprochen über ihr eignes Verhalten über die infame Hez, die von ihnen und von der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Nazi-partei im Zusammenhang mit den Vorgängen in der WBR gegen die kommunistische Presse getrieben worden ist.

Natürlich enthält der Bericht auch sonstige Ausfälle. Es kann nur gesagt werden, daß der ganze Bericht eine Spitzenerleuchtung der Verdröhnungskunst darstellt. Nichts hatten die klagenden Arbeiter einzusetzen. Alles wird aufgeschönt und kann unter Beweis gestellt werden. Lediglich einige formale Fehler bei der Handhabung des Einpruchsverfahrens durch den Betriebsrat liegen, wie schon gesagt, beifügen, daß ein Teil der Kläger abgewiesen werden könnte. Die Firma hat also absolut kein Recht, sich auf diese hohe Pferd zu setzen, denn die Behandlung ihrer Arbeiter, die in lo weitgehender Weise ihr entgegengekommen waren, war mehr als schändlich.

Die Firma weiß ganz genau, daß ihre Sache oberfaul stand, denn sonst wäre sie auf den Vergleich nicht eingegangen, sondern hätte es zum Spruch kommen lassen. Die Firma hätte klug gehandelt, nun so wenig als nur irgend möglich über die Sache zu schreiben, statt dessen folgt dieser Lügenbericht.

Die „Sozialistische Republik“ wird seit einiger Zeit im Düsseldorf KPD-Betrieb mit hergeführt, ebenso das Essener Parteiblatt. Im Düsseldorf KPD-Betrieb stehen alle Geiseln zum naekten Tariflohn. Der gesamte Leistungslohn ist abgebaut worden. Über die Arbeitsverhältnisse, die im Düsseldorf KPD-Betrieb herrschen, ist an dieser Stelle schon wiederholt berichtet worden.

Jetzt wurde in Köln unter Arbeitern des graphischen Gewerbes ein Flugblatt verbreitet. Gedruckt ist dasselbe in dem Kölner KPD-Betrieb. Als verantwortlich zeichnet Karl Sattler, WdM., Köln. Natürlich wird gegen unsern Verband, die Führer desselben und auch gegen die andern graphischen Brudergesellschaften und deren Führer in echt kommunistischer Weise gehetzt und dann zum Beitritt in die KGD aufgefordert. Unter andern werden auch die Lösungen der KGD. mitveröffentlicht. Als erste Lösung heißt es:

Siebenstundentag, freier Sonnabendnachmittag, vierzigstündige Woche mit vollem Lohnausgleich als Höchstgrenze der wdhentlichen Arbeitszeit. Kämpft gegen Unterfüllungsabbau und gegen Beitragsverhöhung.

Wahrlich, wenn man weiß, was den Arbeitern in kommunistischen Betrieben jetzt zugemutet wird und man liest dann diese Forderung, dann beschließt einen ein Gekel vor einer solchen Heuchelei. Man brachte es sogar fertig, dieses Flugblatt am Donnerstag, 22. Oktober, den Jungbuchdruckern vor ihrem Tagungsstol zu geben. Auch die „Bonzen“ bekommen wieder ihre Hiebe, denn eine weitere Forderung lautet:

Schärfster Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik in den Lohn-, Arbeitszeit- und Unterfüllungsfragen.

Die Leiter der kommunistischen Druckereibetriebe haben bisher fast reiflos den Prinzipalen den Weg gezeigt zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Diese Leute haben kein Recht, so von den Verbandsführern zu sprechen. Die kommunistischen Druckereibetriebe waren mit die ersten, die mit dem Leistungslohnabbau begonnen haben. Die Vorgänge in der Berliner City W. G. sind ja seinerzeit im „Korrrespondent“ veröffentlicht worden. Mit dem Flugblatt wird bloß auf die Bergschicklichkeit und Unerfahrenheit der Arbeiter spekuliert.

Recht interessant ist ja auch, daß jetzt die Herausgeber des Flugblattes gegen den Abbau des Unterfüllungswesens vorgehen. Es gab eine Zeit, da haben dieselben Leute die Parole losgelassen: Die Gewerkschaften müssen Kampforganisationen sein. Die Unterfüllungseinrichtungen müssen wieder abgeschafft werden. Jetzt kann man auch anders! Man in die Kartoffeln! Klaus aus den Kartoffeln! Wie es trefft! Natürlich wird auch wieder versprochen, daß die kommunistischen Drahtzieher die Einheitsfront für alle graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen schaffen. Nein, das Gegenteil ist zutreffend, die kommunistischen Quertreiber zerstören die Macht der Arbeiter durch ihre Zerpfitterungsversuche. Es kommt diesen Leuten gar nicht darauf an, den Arbeitern zu helfen, sondern sie wollen die Arbeiter zur Vereitelung ihrer Parteizwecke mißbrauchen. Leute, die mit den reaktionärsten Arbeiterfeinden gemeinsame Sache machen, haben das Recht verwehrt, als Arbeitervertreter aufzutreten. Sind die kommunistischen Führer in der Lage, seit Bestehen ihrer Partei auch nur den kleinsten Erfolg für die Arbeiterschaft nachweisen zu können? Nein! Aber durch die Schwächung und Führung der Uneinigkeit unter den Arbeitern haben sie mitgeholfen, daß die Bueger Erfolge erzielen konnten.

Kollegen! Laßt euch von diesen Feinden der Arbeiterklasse nicht betören. Habt Vertrauen zu eurem Verband und zu den selbstgewählten Führern. Einig und geschlossen wollen wir auch in dieser harten Zeit der Gegenwart bleiben. Die Verbandsleitung ist unermüdlich in dem Bestreben, die Angriffe der Prinzipale abzuwehren, den Mitglieder zu helfen. Weist alles Trennende von euch, denn in der Einigkeit liegt unsere Macht. Wir werden stehen, wenn ihr es wollt, auch dann, wenn es vorübergehend Erschlappen gibt.

Köln.

Georg Vöhrer.

Es kann schwerlich darauf gerechnet werden, daß sich der technische Fortschritt durch veraltete Widerstände oder etwa durch behördliche Machtgebote aufhalten läßt, wenn solche je erfolgten sollten. Ist er doch auch nicht für die ungünstige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse verantwortlich zu machen. Die Ursachen hierfür liegen ganz woanders! Schuldig daran, daß sich der technische Fortschritt nicht zum Nutzen für die Wirtschaft und die breiten Volksmassen auswirkt, sondern Schäden stiftet, ist lediglich das kapitalistische Wirtschaftssystem, das sich als unfähig erweist, die Steigerung der Produktionsfähigkeit zum Heile der Menschheit, zur Erleichterung der Arbeit und zur Verminderung der Arbeitslast nutzbar zu machen. Wenn es mittels der Mechanisierung der Arbeit möglich ist, die Bedürfnisse der Menschen in einem Bruchteil der heutigen Arbeitszeit zu befriedigen, so ist es widerständig und wirtschaftlich unverantwortlich, nur einen Teil der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte acht, zehn und mehr Stunden täglich arbeiten zu lassen, die übrigen Arbeitskräfte aber von der Arbeitsleistung auszuschließen und dem Hunger zu überantworten. Eine vernünftige Wirtschaftsordnung muß die Arbeitsleistung auf alle verfügbaren Kräfte verteilen und die Arbeitszeit dazu entsprechend herabsetzen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem stellt sich einer solchen Regelung entgegen. Deshalb muß keine Fortsetzung auf die Dauer untragbar werden und — wenn nicht eine friedliche Änderung dieser Zustände möglich ist — seinen gewalttätigen Sturz herbeiführen. **Mt.**

Das Buchgewerbe im Ausland

Schweiz. Auf der Delegiertenversammlung des Bildungsverbandes schweizerischer Buchdrucker bildete die Spartenkonzentration einen Hauptberatungspunkt. Nach einer gründlichen Aussprache wurde eine Resolution gefaßt, die sicher das Richtige trifft. Es heißt darin u. a., daß die Delegiertenversammlung des Bildungsverbandes vom Zentralkomitee des Mutterverbandes die beschleunigte Einberufung der eingeleiteten Studienkommission erwartet zur Prüfung der Konzentration des Bildungswesens, auch wenn durch Beschlüsse anderer Spartenverbände in dieser Sache Schwierigkeiten entstanden sind. „Von dieser Studienkommission wird erwartet, daß sie an allen Druckorten der Schweiz die Bildung von Arbeitsgemeinschaften fördert, um auf diese Weise ohne organisatorische Bindung für alle Berufsangehörigen berufliche Erziehungs- und Bildungsarbeit zu leisten. Die Möglichkeit der Zusammenlegung der bestehenden Fachblätter zu einem einer Fachzeitschrift gleichenden beruflichen Bildungsorgan sollte einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Eine für alle Teile befriedigende Lösung würde im Geiste modernen kollegialen Schaffens eine kulturelle Tat auch von internationaler Bedeutung sein.“ Inzwischen ist vom Zentralkomitee die belagte Kommission einberufen worden, und es bleibt nun abzuwarten, ob sie die richtige Lösung im Sinne dieser Resolution findet. — Die große wirtschaftliche Krise hat natürlich vor Helvetiens Grenzen keinen Halt gemacht. Die beiden einflussreichsten Industrien liegen ganz daneben: die Stickerindustrie und die Uhrenindustrie. Die erstere ist trotz aller Sanierungsmaßnahmen nur noch ein Schatten von früher, und der zweiten wird es trotz der Bundeshilfe nicht besser gehen. Das Ziel wird, wie überall, zuerst im Lohnabbau gesucht. Da möchten natürlich verschiedene Machthaber im Buchdruckgewerbe nicht zurückbleiben. Unter dem Titel „Preisabbau — Lohnabbau im schweizerischen Buchdruckgewerbe“ wurde in der „Schweizerischen Buchdruckzeitung“ ein Veranschaulichungsaufsatz veröffentlicht. In einer Produktionskostenrechnung und vor allem in einem Lohnabbau wird die Möglichkeit



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Ernst Weisse in Leipzig
Eingetretten: 8. August 1881
Jetzt Invalide



Artur Regel in Leipzig
Eingetretten: 29. Oktober 1881
Jetzt Invalide



der vermehrten Hereinbringung von Druckaufträgen gesehen. Diese Bestrebungen finden beim Typographenbund selbstverständlich keine Gegenliebe. Das ist in der „Typographia“ sehr deutlich erklärt worden. — Am 20. September hat ein Angehöriger der Buchdruckergilde seinen 70. Geburtstag in St. Gallen gefeiert, dessen Name auch in deutschen Landen bekannt ist: es ist der Herausgeber der „Schweizer Graphischen Mitteilungen“, August Müller, Mitinhaber der Buchdruckerei Jostkofer & Cie. in St. Gallen. Er hat durch die genannte Fachzeitschrift und sein „Lehrbuch der Buchdruckerkunst“ viel zur Weiterbildung der Gehilfenschaft beigetragen. Es kann gesagt werden, daß in der genannten Druckerei so mancher alte Kollege noch ein Unterkommen fand, der sonst nirgends mehr Arbeit gefunden hätte. Und das ist auf das Konto des Herrn Müller zu buchen. — Anlässlich des Holzarbeiterstreiks in Basel im vergangenen Jahr sahte der dortige Arbeiterbund einen Beschluß, der die angeschlossenen Organisationen zur Erhebung eines wöchentlichen Solidaritätsbeitrags verpflichtete. Zu diesen Organisationen gehörte auch die Typographia Basel, die dann in einer Mitgliederversammlung die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 1 Fr. für männliche und 50 Cts. für weibliche Mitglieder beschloß. Bis auf eine kleine Zahl leisteten alle Mitglieder während 27 Wochen diesen Extrabeitrag. Ein Teil der Sünder ließ sich im Laufe der Unterföhrungsbauer bekehren und hoffte das Verkrümte nach. Elf Kollegen weigerten sich jedoch konsequent, die Extrabeiträge zu entrichten. Als alle Mittel verlagten, wurde der Vorstand beauftragt, die Pflichtvergeßenen auf dem Beitreibungsweg zur Entrichtung des Extrabeitrags zu zwingen. Es wurde gegen einen der Sünder Klage eingereicht und der Richter zur Fällung eines prinzipiellen Urteils veranlaßt. Dieser Entscheid ist zugunsten der Typographia Basel ausgefallen. Der Beschlag wurde zurückgezogen, die 27 Fr. nachgezahlt und außerdem die Kosten zu tragen. Damit ist ein Streikfall gewerkschaftlicher Art zum Abschluß gelangt, der von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft ist.

Norwegen. Wie an dieser Stelle schon mitgeteilt, war die Frist für Abgabe der endlichen Antwort auf den Tarifvoranschlag für die Osloer Zeitungen zum 1. Oktober verschoben worden. In der Versammlung am 27. September war der Vorschlag mit 187 gegen 113 Stimmen verworfen worden. Da diese Versammlung nicht gut besucht war, fand am 30. September eine neue gutbesuchte Versammlung statt, in der vom Vorstand über die mit der Gegenpartei gepflogenen Verhandlungen Bericht erstattet wurde. U. a. hatte der Verbandsvorstand versucht, die Unterhändler der Gegenpartei zur Verlängerung des bestehenden Tarifs zu bewegen, besonders auf Grund der Misereituation (Norwegen hat bekanntlich auch die Geldeinflösung der Banknoten aufgehoben). Dieser Versuch scheiterte jedoch. Der Tarifvoranschlag wurde daraufhin von der Versammlung mit 422 gegen 185 Stimmen abermals abgelehnt. Die Osloer Zeitungen teilten in zwischen mit, daß sie sich dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben. Gleichzeitig gab der Arbeitgeberverband bekannt, daß vom 22. Oktober in den Zeitungsbetrieben die tariflichen Bestimmungen gelten sollen, die mit dem Arbeitgeberverband vereinbart worden sind. Das heißt also, daß nicht nur der im Tarifvoranschlag vorgesehene Lohnabzug stattfinden soll, sondern daß auch für Nachtarbeit und Maschinenleger eine längere Arbeitszeit gelten soll. Vom Gehilfenverband ist ein Protestschreiben an den Arbeitgeberverband gerichtet worden gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Am 11. Oktober haben die Personale der Zeitungen die Kündigung eingereicht. Infolge der neuen Situation ist es wahrscheinlich, daß auch alle noch außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Buch- und Alziden-druckereien sich diesem anschließen. Sowohl der Vorstand des Landesverbandes wie der Osloer Abteilung wollten gerade dies verhindern, deshalb hatten sie die Annahme des Tarifvoranschlags empfohlen. Die Zukunft wird lehren, ob die Ablehnung durch die Zeitungsarbeiter tatsächlich richtig war.

Belgien. Aber den Verkauf des Landeskongresses in Antwerpen, der die Differenzen zwischen dem Verband und der Sektion Brüssel zu schließen hatte, schreibt die „Fédération Typographique Belge“ u. a.: „Die Tagung fand unter dem Vorhitz des Ehrenpräsidenten, Kollegen Ch. Waterschoot. Obwohl die Diskussionen, in Anbetracht der weittragenden Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes, manchmal lebhaft, sogar leidenschaftlich waren, so hatte man aber stets den ermutigenden Eindruck, daß alle Delegierten sich Rechenhaft abgaben über die Tragweite ihrer Verantwortung, und daß sie vom besten Willen befeuert waren, das gute Einvernehmen von ehedem wieder herzustellen, ohne das es für die belgische Bucharbeiterchaft kein Heil geben kann. Wir können allen Kollegen versichern, daß der gesamte Vorstand sich sofort an die Arbeit begeben wird, und daß ihm kein Opfer zu schwer ist, das Einigungswerk zu Ende zu führen, überzeugt davon, daß die Gegner von gestern die Mitarbeiter von morgen sein werden. Wir richten einen dringenden Appell an den gefundenen Sinn derjenigen Kollegen, die den allgemeinen Wirrwarr zum Anlaß genommen haben, um dem Verband bzw. der Sektion Brüssel den Rücken zu kehren. Sie mögen ohne Verzögern in den Schoß der Muttersektion zurückkehren und dadurch helfen, die Wunden zu heilen und einer besseren Zukunft die Wege zu bereiten.“ Von den Änderungen am Verbandsstatut ist zu erwähnen, daß dem Artikel 18 folgender Zusatz angehängt wird: Die Zentralvorstandsmitglieder stellen die Vertretung des ganzen Landes dar. Keine Sektion hat das Recht, Zentralvorstandsmitglieder zur Abbanzung zu zwingen, viel weniger das Recht, sie auszuschließen. Für ihre Geschäftsführung sind sie nur den gewöhnlichen oder außergewöhnlichen Landeskongressen

Leopold Sonnemann

(Zu seinem 100. Geburtstag am 29. Oktober 1931.)

Auf den Ausschauung des politischen Lebens in der Revolution von 1848 und 1849 folgte in Deutschland eine Zeit des politischen Niederrufsens, des Ersterbens des politischen Interesses. Die Reaktion vertrieb die politische Interessierten. Überall in der Schweiz, in Frankreich, in Belgien, in England, in den Vereinigten Staaten sammelten sich kleine Gruppen von Emigranten. Zunächst hofften gerade diese politische Aktivisten auf ein Wiederaufleben der Revolution in Deutschland, das ihnen den Weg zur Rückkehr bereiten sollte. Diese Hoffnung scheiterte. Zu fest sah die Reaktion im Sattel, zu schwer lastete sie auf dem ganzen politischen Leben in Deutschland. Die Briefe von Marx und Engels aus dieser Zeit, aber auch die von Weydemeyer, Cuxß, Johann Philipp Becker und vielen andern spiegeln die traurigen politischen Verhältnisse dieser Jahre wider.

In diese Zeit fällt die Gründung der „Frankfurter Zeitung“. Leopold Sonnemann, am 29. Oktober 1831 in Högberg bei Würzburg geboren, wurde zunächst Kaufmann im Großhandelsgeschäft seines Vaters in Frankfurt am Main. Nach dem Tod seines Vaters und der Umwandlung des Handelsgeschäfts in ein Bankgeschäft ergab sich die Notwendigkeit, regelmäßige Geschäftsberichte herauszugeben. Aus diesen bestehenden Geschäftsberichten entwickelte sich bald darauf ein Handelsblatt und später ein politisches Blatt: aus dem „Frankfurter Geschäftsbericht“, der zuerst am 21. Juli 1868 erschien, entwickelte sich die „Frankfurter Handelszeitung“, deren erste Nummer am 27. August 1869 herausgegeben wurde. Seit dem Jahre 1859 erschien die „Neue Frankfurter Zeitung“ als politisches Blatt.

Sonnemann hatte eine starke politische Ader. Das wiedererwachende politische Leben in Deutschland, die österreichische Niederlage im Kriege gegen Italien im Jahre 1859, der Thronwechsel in Preußen, die Gründung des Deutschen Nationalvereins ließen Sonnemann sofort zu politischer Wirksamkeit auf den Plan treten. Bald kam Sonnemann, der zu den Gründern des Nationalvereins gehörte hatte, in Gegensatz zum rechten Flügel des Nationalvereins, da er nicht wie dieser für ein Groß-Preußen eintreten wollte. Als im „deutschen Krieg“ des Jahres 1866 Frankfurt von preußischem Militär besetzt wurde, mußte Sonnemann fliehen. Seine Zeitung wurde unterdrückt. In Stuttgart gab er sie erneut unter dem Namen „Neue deutsche Zeitung“ heraus. Nach der Amnestie kehrte er nach Frankfurt zurück und vom November 1866 an erschien dort die „Frankfurter Zeitung“. Er war, wie ihr Gründer, liberal, demokratisch, immer stark weltanschaulich betont und wurde das Hauptorgan der 1866 gegründeten Deutschen Volkspartei, als deren Vertreter Sonnemann im Jahre 1871 in den Reichstag einzog, dem er mit einer kurzen Unterbrechung bis 1884 angehört hat. Im Reichstag fand er lange Zeit fast allein. Er stimmte gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen, gegen das Sclutengeseß, gegen das Preßgeseß mit seinem Zeugniszwang, gegen das Sozialistengeseß. Kein Wunder, daß er ständig in heftigem Gegensatz zu Bismarck stand, daß dieser große Haßler ihn sogar als „Agent des Auslandes“ zu beschimpfen suchte und durch das berühmte Telegramm „Fürst wünscht Sabor“ die Entscheidung herbeiführte, daß Sonnemanns Reichstagsmandat in den Besitz der Sozialdemokratie überging. Seit seinem Ausscheiden aus dem Reichstag zog sich Sonnemann von der großen Politik zurück und widmete sich wieder mehr der kommunalen Tätigkeit in Frankfurt, in

die er bereits Ende der sechziger Jahre eingetreten war. Schon damals hatte er entscheidend dazu beigetragen, daß die großen Versorgungsbetriebe, die Gas- und Wasserwerke, das Elektrizitätswerk, die Straßenbahn, in städtischen Besitz kamen.

Leopold Sonnemann war ein überzeugter bürgerlicher Demokrat. Er hat aber immer nahe, gute Beziehungen zur Arbeiterbewegung unterhalten. In den sechziger Jahren gehörte er zu den Gründern des Deutschen Arbeitervereins, in dessen ständigem Ausschuß er jahrelang zusammen mit August Bebel führendes und ausschlaggebendes Mitglied war. Sonnemann trat für staatlichen Arbeiterschutz ein. Er forberte in seinem Bericht für den zweiten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine Altersversorgungsvorhaben als Selbsthilfe für die arbeitenden Klassen. Als später aus dem Vereinstag die „Eisenacher Richtung“, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei entstand, ging Sonnemann nicht mit, konnte er aus seiner Weltanschauung heraus nicht mitgehen. So kam es zeitweise zu heftigen Gegensätzen und Kämpfen.

In einem Brief an Engels vom 21. August 1875 bringt Marx, der Sonnemann auf seiner Reise nach Karlsbad aufgesucht hatte, u. a. Sonnemanns Selbstdarstellung seiner Stellung zur Arbeiterbewegung: „... Sah den Sonnemann, der eben wegen der verweigeren Namensabgabe des Korrespondenten wieder vor Gericht gewesen und abermals 10 Tage Ausschau, aber diesmal zum letzten Male, erhalten hatte. S. ist ein Weltmann, dem man jedoch das Bewußtsein seiner Wichtigkeit ansieht. Er setzt mir in längerer Unterredung auseinander, sein Hauptzweck sei, das Kleinbürgertum der sozialdemokratische Bewegung zu ziehen. Die Finanzkraft seines Blattes liege darin, daß es das anerkannt beste föhren- und Handelsblatt von

Rechnenschaft schuldig. Ein Zusatz zu Artikel 52 besagt: Die Sektionen oder die Einzelmitglieder, die die Statuten oder die Kongreßbeschlüsse nicht befolgen, schließen sich automatisch selbst aus, falls, nach Ablauf eines Monats, die Nichtbeachtung des Status oder der Beschlüsse definitiv wird und dem Zentralverband zur Kenntnis gebracht wurde. Artikel 64 verbietet formell, die Führer des Zentralvorstandes oder der Sektionen in den Verbänden oder Lokalorganen anzugreifen. Wer sich über die Führer zu beschweren hat, muß seine Klagen beim Verbandsvorstand vorbringen. Hervorgehoben sei nebenbei noch, daß auf dem Kongreß mehrfach der Wunsch ausgesprochen wurde, die Kampforgane „L'Effort Syndicale“ und „Le Creuset“ müßten verworfen werden. Zu einem definitiven Entschluß ist es aber einstweilen nicht gekommen. Der Kongreß faßte zum Schluß mit allen gegen zwei Stimmen, bei Stimmenthaltung der Sektion Brüssel, folgende Entschlüsse: „Der Kongreß mißbilligt nach Kenntnisnahme und Würdigung der Ereignisse, die sich in Brüssel abgespielt haben im Anschluß an die lokale Lohnbewegung, die entgegen dem Beschlusse des Zentralvorstandes entseffelt worden war, dieses so unglücklich zu Ende gegangene Experiment, das die Einheit des Verbandes in Gefahr brachte; spricht dem Zentralvorstand volles Vertrauen aus und billigt sein Vorgehen und seine Handlungsweise; beschließt die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Delegierten des Kongresses, um die Einheit der Sektion Brüssel wieder herzustellen durch alle zur Verfügung stehenden Mittel, und geht zur Tagesordnung über.“ Diese Kommission steht außerhalb des Zentralvorstandes, aber es ist selbstverständlich — und der Kongreß erkannte dies einstimmig an —, daß weder ein Mitglied des Zentralvorstandes noch ein Mitglied des Vorstandes der Sektion Brüssel seitens dieser Kommission seines Amtes entzogen werden kann. Sie besteht aus sechs Mitgliedern und steht unter dem Präsidium des Kollegen Waterschoot. Der Kongreß verlängerte die Vollmachten des Zentralvorstandes bis zum Kongreß von Pisingten 1932. Auf Wunsch des Kongresses haben die demissionierenden Mitglieder des Zentralvorstandes (Vertreter von Brüssel und Lüttich) ihre Bereitschaft erklärt, ihre Ämter beizubehalten. Der erste Schritt zur Befriedung ist getan; hoffen wir, daß es der Kommission in kürzester Frist gelingen werde, ihre schwere Aufgabe der Wollendung entgegenzuführen.

Frankreich. Im Laufe des kommenden Winters wird sich die gewerkschaftliche Aktion des französischen Buchdruckerverbandes auf die Regionalgruppe des Nordens konzentrieren. Die Gruppe umfaßt als hauptsächlichste Druckplätze: Lille, Amiens, Arras, Calais, Cambrai, Abbeville. Der Regionalkongreß in Amiens, der dazu berufen war, die Richtlinien für diese Bewegung festzulegen, nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: „Der Regionalkongreß erklärt, daß es unbedingt notwendig ist, daß alle Gruppen der Region des Nordens den Druckereibeschäftigten einen Arbeitsvertrag unterbreiten, der im Einklang steht mit den augenblicklichen Kosten des Lebensunterhalts. Dieser Arbeitsvertrag wird den Prinzipalen im Laufe des Monats November unterbreitet. Er basiert auf dem Lohn der Wortortgruppe der Sektion mit einem Zuschlag von 5 bis 15 Proz., je nach der Bedeutung des Druckortes. Ferner sind darin zu berücksichtigen die Forderungen des bezahlten Urlaubes, das Prinzip des Wochenlohns und aller wesentlichen Punkte des Verbandsstatuts.“ Der Kongreß beschäftigte sich weiter mit der Frage der täglichen Arbeitsdauer. Entsprechend einer Anregung des Lyoner Regionalkongresses nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, worin der Verbandsvorstand aufgefordert wird, eine erste Propaganda zu

unternehmen zur allgemeinen Durchführung des Siebenstundentages. — Laut Rassenbericht für das zweite Semester 1931 verzeichnet die Regionalgruppe Elsaß-Lothringen für die Berichtsperiode an Einnahmen einen Betrag von 133 180 Fr., an Ausgaben 122 228 Fr. Das Gauvermögen belief sich am 1. Juli 1931 auf 1 231 595 Fr. — Die Pariser „Imprimerie Nouvelle“ hat ihrem Personal bekanntgegeben, daß sie in Zukunft nicht nur die Feiertage bezahle, sondern auch acht Tage Ferien gewähren werde bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr. — Die Pariser Sektion hat beschlossen, ein eigenes Verwaltungsgebäude zu errichten. Zur Beschaffung des fehlenden Kapitals wird eine Anleihe aufgenommen, für die man auch die größeren Sektionen des Landesverbandes zu interessieren hofft.

Korrespondenzen

Bohum. (Maschinenseher.) In unserer Versammlung am 27. September, die sehr gut besucht war, konnte der Vorsitzende zwei Vertreter der Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik, die Herren Frenenberg (Düsseldorf) und Nytiel (Berlin) begrüßen. Unter „Geschäftlichem“ gab der Vorsitzende einige Rundschreiben der Zentralkommission und der Gauvereinigungen bekannt. Er empfahl u. a. rege Mitwirkung an den „Technischen Mitteilungen“, enge Zusammenarbeit der Sparten zum Wohle des Verbandes und größte Aufmerksamkeit beim Versuch der Unternehmer, die in den allermeisten Fällen das Tarifstunde weit überschreiten, werden bestimmt nicht durch eine Verminderung des Lohnes hochgehalten. Geschäftsinteresse und Arbeitsfreudigkeit müssen durch gute Bezahlung gewetzt werden. Dann folgte der Bericht über die Bezirksvorstandskonferenz in Düsseldorf sowie Kenntnisgabe von der Gauvereinigungsverammlung am 1. November in Bohum, an deren Vorstand ein Familienfest stattfinden soll. Unter „Technischem“ hielt Herr Nytiel einen Vortrag mit Lichtbildern über die Neuerungen an der Linotype, der das allergrößte Interesse fand. Der Wunsch der Kollegen ging dahin, daß manche der Neuerungen, die gezeigt wurden und über die im „Graphischen Betrieb“ noch einiges gesagt werden soll, an den Maschinen auch angebracht würden zu Nutz und Frommen der daran Arbeitenden und nicht zuletzt der Besitzer der Maschinen.

Eberswalde. In unserer außerordentlichen Versammlung am 30. September berichtigte nach Regelung einiger geschäftlicher Angelegenheiten Kollege Biele über die Bezirksvorstandskonferenz, die sich mit dem Maßnahmen der Verbandserweiterung und der Gauverteiler zu befassen hatte. Er kennzeichnete die Gründe, die dazu führten, die Unterstützungsfrage herabzusetzen, da die Möglichkeit einer Beitragserhöhung nicht gegeben war. Die Versammlung erkannte an, daß zwar an eine Erhöhung des Beitrags nicht zu denken sei, erhab aber schärfsten Protest gegen den Abbau der Notstandsunterstützung sowie deren kurze Begrenzung, wie auch gegen den Abbau der Kurzarbeiterunterstützung. Gerade die Streichung der Kurzarbeiterunterstützung ließe dazu ansetzen, immer mehr Kollegen aufs Straßenspleißer zu werfen. In einer Entschließung schlug die Versammlung andre Wege vor zur Sanierung der Kassenverhältnisse. Insbesondere wurde ein noch weitergehender Abbau der Angestelltengehälter verlangt. Im übrigen verurteilte die Versammlung aus schärfster die Beschlüsse der Gauvorstandskonferenz betreffs Herabsetzung und enger Begrenzung der Notstandsunterstützung sowie die Streichung der Kurzarbeiterunterstützung. Sie gab der Erwartung Ausdruck, daß die nächste Konferenz die in der Entschließung gezeigten Wege beschreitet und die Unterhaltungen in alter Weise wieder einfließt. Begrüßt wurden die Beschlüsse der Bezirksvorstandskonferenz betreffs Sanierung der Ortskassen, Feuerungsbeiträge für ausgefallene arbeitslose Kollegen sowie Weihnachtsgabe an alle arbeitslosen Kol-

legen. Kartell- und Biatikumsangelegenheiten bildeten den Schluß der äußerst gut besuchten Versammlung. **Gorzl.** Unsere letzte aufbelegte Versammlung nahm nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten auf tariflichem Gebiet einstimmig eine Entschließung an, in der die Senkung der Gehälter der Verbandsangestellten während der Dauer der gegenwärtigen Krise auf den örtlichen Tariflohn der Maschinenseher gefordert wird. Die dadurch freierwerdenden Geldmittel sollen für die Notstandsaktion der Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden. Es entwickelte sich hierüber eine reg. Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß besondere Zeiten besondere Maßnahmen erfordern. Die sonstigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes wurden beglückt.

Frankfurt a. M. (Drucker.) — Halbjahrsbericht. Unsere Spartenarbeit im vergangenen Halbjahr war getragen von dem Bestreben, wie halten wir uns arbeitslosen Kollegen in bester Verbindung mit der Sparte und vor allem auf dem laufenden über das Technische. Dazu dienten Vorträge und vor allem der in jeder Versammlung auf der Tagesordnung stehende Punkt „Technisches“. Dieser Punkt hat schon manchem wertvollen Anregung für die Praxis gegeben. Von April bis Mai wurde an sechs Sonntagsvormittagen ein Rotationsanschaffungssturm gehalten, geleitet von den Kollegen Münster und Steiner, um bei Bedarf einige, wenigstens einigermaßen mit der Materie vertraute Kollegen an der Hand zu haben. Durch den Kurzus in ihrer Lehre getränkt, erklärten acht Kollegen der „Frankfurter Zeitung“ ihren Austritt aus der Druckervereinigung, was allgemeine Entrüstung unter den Maschinenbauern hervorrief. — In der Aprilversammlung hatten wir in dem Kollegen Zäger einen trefflichen Referenten, der es in seinem Vortragsvortrag: „Laufend Kilometer im Halbton“, sehr gut verstand, die Schönheiten des Wasserwanderns zu schildern. Der Vortrag des Dömanns der Technischen Kommission, Kollegen Hönles, in der Maiversammlung über „Der Zylinderanzug für die verschiedenen Druckpapiere“ war für die jüngeren Kollegen sehr lehrreich, und es ist nur zu bedauern, daß diese in den Versammlungen so schwach vertreten sind. — Ein Diskussionsabend über „Neuerfindungen im Buchdruckgewerbe“ in der Juniversammlung erregte die Gemüter sehr. In der Hauptfrage waren es die Automaten, die die Kollegen auf den Plan riefen. Die von den Maschinenfabriken angebotenen Stundenleistungen sind in der Praxis nur bei wenigen Arbeiten zu erreichen; im Buchdruck läßt sich eben nicht alles über einen Leisten schlagen. Das wichtigste Ereignis war wohl der am 13. und 14. Juni in Heidelberg abgehaltene „Süddeutsche Druckertag“, besucht von etwa 800 Mitgliedern, davon Frankfurt mit 140. — Im Juli sollte uns ein Lichtbildvortrag: „Nach Norwegen und dem Polargebiet“, für die zu Wasser gewordenen Ferien entschädigen. — Die Augustversammlung fiel aus und im September hielt uns Kollege Hoffmann ein und ausgesprochenen Vortrag über: „Das Verhalten bei Unfällen“. Für den Winter sind zwei Kurse geplant: 1. Illustrationsdruck auf rauhem Papier und die Druckunterlagen; 2. Druckhilfsmittel und Farbzusätze. Sie sind gedacht als Ergänzung des vorjährigen Farbmischkurses.

Gleiwitz. (Maschinenseher.) Am 27. September beug der Oberhieslische Maschinenseherverein die Feier seines 25 jährigen Bestehens. Am Vormittag hatten wir Gelegenheit zu einer Besichtigung des Gleiwitzer Rundfunksenders, der besonderes Interesse entgegengebracht wurde. Nachmittags fanden sich die Kollegen zu einer Festversammlung ein. Die gelanglichen Darbietungen bestritten die Kollegengangsvereine „Typographia“ Gleiwitz, „Guten und Beuthen“ und „Wolfschor“ Gleiwitz unter Leitung des Kollegen Gohmann. Einem von dem oberhieslischen Schriftsteller Alfons Haupt verfassten Prolog und nach zwei unsern Altmestler Gutenberg ehrenden Chören folgte die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Döb. Er hieß die anwesenden Gäste und Kollegen, besonders aus dem abgetretenen Gebiet, willkommen. Letzteren, die im Abwehrkampf stehen, wünschte er vollen Erfolg und sicherte ihnen tatkräftige Unterstützung zu. Anschließend hielt Kollege Latt (Görlitz), einer der Mitbegründer der Vereinigung, die Festansprache. Ausgehend von der Einführung der Sechsmaschine und deren Folgen für die Kollegen, schilderte er die Entwicklung der Spartenvereinigungen und ihre erfolgreiche Arbeit. Seine Ausführungen gipfelten in dem Ausspruch: „25 Jahre Arbeit in der Sparte der Maschinenseher bedeutet Pionierarbeit im B. d. B.“ Nun kamen die Gratulanten zu Wort. Als erster sprach der Vorsitzende des Schlesischen Maschinensehervereins Kollege Stiller (Breslau). Er übermittelte die Glückwünsche des Vorstandes und des Bezirks Breslau, beleuchtete in treffenden Worten die augenblickliche Situation, lobte den ausgezeichneten Besuch der Veranstaltung und überreichte im Namen der schlesischen Maschinenseherbezirke eine Festgabe, die wunschgemäß angewandt werden wird. Ihm folgte Gewerkschaftssekretär Kollege Brinbach (Hirschberg) mit herzlichen, der Feier des Tages entsprechenden, aber auch mahnenden Worten. Des weiteren sprachen die Kollegen Danisch für den Bezirk und Ortsverein Beuthen, Sösch für Hinderburg, Mulsio für Gleiwitz, Hermann für die Maschinenseher und der Ortsverein Oppeln, Schumacher (Beuthen) und Jaboro (Gleiwitz) für die Buchdruckerangereine, die besonders den idealen Wert der Kollegengangsvereine und ihren hohen Anteil an der Pflege der Kollegialität zum Gegen der Organisation hervorhoben. Die Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik hatte ein Glückwunschschreiben geschickt. Ihr Vertreter, Herr Sube, überreichte mit ehrenden Worten den Jubilars Hitzpfeil. Auch die „Intertype“ hatte gratuliert, bedauerte aber, infolge der „wirtschaftlichen Verhältnisse“ keinen Vertreter entsenden zu können. Der Vorsitzende dankte mit bewegten Worten für die dargebrachten Glückwünsche, die ein Beweis für die Zusammengehörigkeit der Kollegen seien. Im Anschluß daran verlas er die zahlreich von nach und fern eingegangenen Glückwunschadressen. Im Laufe des Abends sprach noch als Vertreter des A.G.W. Landtagsabgeordneter Nowak dem Jubilarsverein seinen Glückwunsch aus. In unserer Reihenfolge lösten sich nun Müllert, Gefasans und deklamatorische Vorträge sowie Volkstänze ab. Von dieser Stelle aus sei allen denen gedankt, die zu dem harmonischen Verlauf des Festes beigetragen hatten.

Süddeutschland sei. Aber den Dienst, den seine Zeitung als politischer Kolporteur der Arbeiterpresse leistere, sei er völlig im klaren. Andererseits aber tue diese Partei nichts für ihn. So habe er z. B. den Baßfisch als Korrespondenten engagiert gehabt; diesem jedoch die Korrespondenzen vor Vorstand der Koalifizierten verboten worden. Liebknecht trete im Reichstag zu sehr als Demagog auf; Bebel dagegen finde die allgemeine Anerkennung usw. Ich werde ihn wiedersehen bei der Rückreise...“

Als Bismarck mit dem Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung zu vernichten suchte, kämpfte Sonnemann nicht nur gegen dieses Gesetz, sondern gewährte auch vielen Sozialdemokraten, die durch die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse zunächst „heimatlos“ geworden waren, Gastfreundschaft in der „Frankfurter Zeitung“. Heftige Gegnerschaft Bismarcks, Preisprozesse gegen die „Frankfurter Zeitung“ und Gefängnisstrafen waren die Folgen. Auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes war die „Frankfurter Zeitung“ noch lange die beste und gesuchteste Informationsquelle für die neu entstehende sozialdemokratische Presse.

Sonnemann legte auch Wert darauf, von Sozialdemokraten nicht falsch und ungerichtet beurteilt zu werden. Noch als einundsechzigjähriger Mann bewährte er sich in einem Brief an August Bebel über einen Bericht des „Vorwärts“ über einen Kongreß der Arbeitsnachweise, über den auch die „Frankfurter Zeitung“ berichtet hatte: „... Es ist mir auch schon widersfahren, daß die Frankfurter Zeitung schwere Fehler begangen hat, welche mir zur Last gelegt wurden, während ich gar keine Kenntnis von der Sache hatte. Wird man aber von einem Freund unterrichtet, so ist es möglich, für die Zukunft sich vor den gleichen Fehlern zu schützen. Ich verlange weder eine Berichtigung noch einen Nachtrag.“

Als Leopold Sonnemann am 30. Oktober 1909 im Alter von 78 Jahren starb, schrieb August Bebel an die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“: „... Der Verstorbene ist und ist waren in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Reihe von Jahren Kampfgesossen und mit Friedrich Albert Lange und andern Kollegen im fähigen Anschluß des Vereinstages der deutschen Arbeitervereine, dessen letztes noch lebendes Mitglied nunmehr ich bin. Ich werde dem Toten ein freundliches Andenken bewahren.“

Leopold Sonnemann war als bedeutender Zeitungsverleger der organisierten Bestrebungen der Buchdruckergehilfen kein Fremdling. Schon im Jahre 1865 bei dem langen, großen Leipziger Buchdruckerstreik vertrat er wiederholt mit August Bebel zu vermitteln. Auf der Gründungsversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereins im August 1869 zu Mainz kämpfte Sonnemann lebhaft für die Zulassung einer Deputation des Verbandes, um die von dem Begründer Schneider ausgesprochenen Verdächtigungen gegen die Gehilfenorganisation widerlegen zu können; als Sonnemann mit seinem Antrag unterlag, verließ er ostentativ mit noch einigen Druckergehilfen diesen Prinzipalkongreß. Glaubte Sonnemann bei dem großen Reunionskongreß 1891/92 auch den Beschlüssen seiner Organisation folgen zu müssen, so trat er doch in den folgenden Jahren nach der Niederlage des Verbandes in der „Frankfurter Zeitung“ wie in der „Kleinen Presse“ der großhieslischen Siegespolitik des D.V.R. oft in schärfster Weise entgegen und zollte unserm Verbande größte Achtung. Sonnemanns Lebensgeschichte, die Geschichte von Sonnemanns Lebenswerk, der „Frankfurter Zeitung“, ist in hohem Maße die Geschichte Deutschlands geworden. Bei aller Gegenfährlichkeit im Ziel und im Weg sind Sonnemann und die „Frankfurter Zeitung“ in der Sozialpolitik und Sozialreform Weggenossen der deutschen Arbeiterbewegung gewesen und geblieben.

Halle a. d. S. (Handseker.) Als Ersatz für die in den Sommermonaten ausgefallenen Versammlungen hatte der Vorstand den Mitgliedern und deren Angehörigen zwei Besichtigungen geboten: im Juli wurde das Zoologische Institut der Universität und im August die Feuerwache-Süd besichtigt. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und fanden allgemeinen Beifall. Unsere Winterarbeit begannen wir mit einer Versammlung am 25. September. Dazu hatten wir Herrn Studentrat Stiebert (Halle) mit einem Vortrag: „Halle'sche Straßennamen und was sie uns erzählen“, gewonnen. Der Referent verlas es, in seinen an derhaltbühnigen Ausführungen die Zuhörer zu fesseln und es wurde ihm vom Vorsitzenden der Dank für seinen vortrefflichen Vortrag zuteil. Weiter gab der Vorsitzende Bericht über die Wanderversammlungen in Burg und Braunshweig, wo wir durch Delegationen vertreten waren. Über die vor einiger Zeit im „Korr.“ erschienenen Artikel zur Spartenfrage schloß sich die Versammlung der in Burg gefassten Entscheidung (die schon an dieser Stelle veröffentlicht worden ist) im vollen Umfange an. Wir können nur betonen, daß unsere Zusammenarbeit mit dem Bildungsverband eine sehr gute ist. Unter „Technischem“ hatte Kollege Hesse mehrere Drucksachen zur Besprechung gestellt, was auch allgemeinen Anklang fand. Vom Vorstand ist ein Werbeblatzt herausgegeben worden, das in Kürze den im Gau in der Saale angeführten Vereinigungen zur Weiterverbreitung zugehen wird.

Somburg. Zu dem Bericht über das 25jährige Bestehen des hiesigen Ortsvereins in Nr. 84 sei bezeichnend bemerkt, daß die Feste vom Kollegen Storch (nicht Streich) gehalten wurde. Ferner sei noch bemerkt, daß die Verbandssubstanz, die dem Ortsverein 25 Jahre ausgehört, diesem das Wert Friedrich Ebert und seine Zeit mit entsprechender Widmung überreichte.

Mainz. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Mit Rücksicht auf die Ferienszeit im dritten Quartal nur eine Versammlung statt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles besprach Kollege Witter das Rundschreiben der Zentralkommission Nr. 3, ferner einen Projekt über Schnellschulfrage, „Kongolshwarz“ von der Firma Dr. Löwinohn & Co. W. N. Friedrichsches, womit man sehr gute Resultate erzielt habe. Das Winterprogramm 1931/32, das vom Vorsitzenden besprochen wurde, fand einstimmige Annahme. Dem Punkt „Technisches“ wurde besondere Aufmerksamkeit gezollt. Kollege Witter besprach eingehend die ausgefertigten Qualitätsdrucke, die uns in lebenswürdiger Weise von den Firmen Jäncke & Schneemann, Raft & Schinger, Gebrüder Hartmann und Graphische Kunstanstalt Schuler (Stuttgart) zur Verfügung gestellt wurden. Besonders zu beachten war hierbei, daß sämtliche Klischees von der Graphischen Kunstanstalt Schuler (Stuttgart) hergestellt waren. Die Ausgabe ergab, daß man auch heute noch Qualitätsdrucke herstellen könnte, wenn man nur das nötige Verständnis und Entgegenkommen der Prinzipalität dazu bekommen würde, d. h. wenn Papier, Farbe, Druckstöcke und Maschinen vorhanden sind, die als erste Vorbedingung zum Qualitätsdruck gehören. Dann kann auch der Drucker ein den vorliegenden Vorlagen getreues Druckzeugnis liefern. Allen Firmen sei für das freundliche Entgegenkommen herzlich gedankt.

München. Nach längerer Pause während der Sommermonate fand am 25. September wieder eine Versammlung statt. Zum Beginn wurde der seit der letzten Versammlung verstorbenen neun Kollegen ehrend gedacht sowie auch des Professors Lutz Brentano, dessen Wirken für die Arbeiterchaft und besonders für die Buchdrucker der Vorhänge kurz schilderte. Hierauf gab Kollege Döhling einen ausführlichen Bericht über die Sitzung des Verbandsvorstandes unter Singulierung der Gavourfester, in welchem er alle dort behandelten Fragen erläuterte und an Hand reicher Ziffernumaterials nachwies, daß es notwendig war, die Änderungen im Unterfertigungswesen durchzuführen, die nach reiflicher Überlegung aller an der Konferenz Beteiligten beschlossen wurden, in dem Bewußtsein, daß auch die davon betroffene Kollegenschaft im Interesse der Organisation sich einverstanden erklären werde. In der Aussprache, an der sich sechs Kollegen beteiligten, wurde im Grunde genommen nichts Wesentliches an den Beschluß kritisiert, sondern im allgemeinen die wirtschaftliche Lage besprochen, aus der heraus sich die Maßnahmen der Konferenz entwickelten. Von einem wurde außerdem sofortige Einberufung eines Verbandstages gefordert, weil ja das ganze System des DGB, und damit des Verbandsvorstandes an der Wurzelschuld sei; in ähnlicher Weise forderte diesem ein zweiter Kollege. Im Schlußwort ging Kollege Döhling auf die in der Aussprache vorgebrachten Vorschläge ein und hielt besonders den zwei Sprechern der bekannten Richtung ein Spiegelbild vor, aus dem sie ersehen konnten, wie in ihren Kreisen gewerkschaftlicher Verrat immer mehr zum höchsten Gebot wird.

Obersteinthar. In seinem 29. Stiftungstage, am 3. Oktober, hielt unser Ortsverein eine gut besuchte Versammlung ab, in der Redakteur F. Füllendach einen instruktiven Vortrag über „Die Stellung der politischen Parteien zu den Gewerkschaften“ hielt, der eine sehr dankbare Aufnahme fand. Ferner nahm die Kollegenschaft Stellung zu den neuesten Maßnahmen im Unterfertigungswesen, zur Arbeitslosenfrage und zur Bierzigenstundenwoche. Der Ortsverein hat jetzt zwölf Arbeitslose und fünf Notkassenunterfertigte.

Stettin. (Vierteljahrsbericht.) In der Zusammenkunft widmete der Vorsitzende dem verstorbenen früheren Dirigenten der „Typographia“, Herrn Fiering, einen ehrenden Nachruf, da selbiger viel zur Verbesserung unserer Feste getan hat. Zur Kenntnis wurde gebracht, daß die Arbeitslosen in einem Protokollschreiben die Wiedereröffnung der bisherigen Unterfertigung vom Verbandsvorstand forderten. Sie erhielten jedoch, daß das vor kurzem nach sehr reiflicher Überlegung Beschlossene unumkehrbar nicht möglich sei. Weiteres liege dem Verbandsvorstand ob. Auf Antrag wurde eine neue Arbeitslosenkontrollkommission gewählt; Ergänzungen sollen sich die Arbeitslosen künftig selbst wählen. Da hier nur nach der Reihe vermittelte werden soll und ein Schicksal ohne Vermittlung in demselben Betrieb in kurzer Zeit anfang, wurde er ausgeschlossen. Weiter sah sich der Verein genötigt, auch hier die Unterfertigung für Durchreisende herabzu-

setzen. Kollege Schwachwald gab einen Bericht über den beendeten Fortbildungskurs arbeitsloser Geher in der Fachschule. Es wurden 48 Stunden praktisch gearbeitet, soweit technische Mittel es zuließen. Anfangen vom Werktag wurden so ziemlich alle im praktischen Leben erforderlichen Druckarten hergestellt. Gingen einige Teilnehmer auch erst unzufrieden daran, so zeigte sich doch bald Interesse. Es war der Zweck, die jungen Kollegen dem Beruf nicht zu entfremden, in der Hoffnung, daß auch sie einmal wieder eingereicht werden in den Produktionsprozess. Wer dann nicht mit dem Technik Schritt hält, gibt nur Balltröten. Die ausgestellten Probe drucke zeugten von fleißiger Arbeit. — In der Septemberversammlung wurde mitgeteilt, daß die Gewerkschaften davon absehen müssen, das Haus der deutschen Nationalen, „Pommerschen Reichspost“, das ihnen als Gewerkschaftshaus zum Kauf angeboten war, zu erwerben. Im in dieser Notzeit doch die Gelfestigkeit und Kollegialität zu fördern, entschlossen sich Ortsverein und Sparten, einen gemeinsamen gemilderten Familienabend zu veranstalten. Es ist in letzter Zeit wieder vorgekommen, daß Kollegen die Nachweisbestimmungen umgehen, weshalb die Versammlung zwei Kollegen aufgab, die sich selbst besorgten Stellungen wieder zu verlassen, um so einem Vorstandsbefehlshaus nachzukommen. Der vorgeladene Zeit wegen wurde von dem vorgelesenen Bericht vom Gewerkschaftsforscher Wölkand genommen, doch erstattete Kollege Reineke Bericht über der Gavourfesterkonferenz. Der Bericht zeigte nichts Gutes, doch waren Reineke's Sätze besonders zu unterstützen, daß die Führer suchen müssen, zu gegebener Zeit die Leistungen des Verbandes wieder aufbauen zu können.

Waldenburg i. Schl. (Vierteljahrsbericht.) Unsere am 1. August in Hermsdorf abgehaltene Wanderversammlung mit Frauen war infolge der schlechten Wirtschaftslage mäßig besucht. Bezirkslehrerleiter Zohlsprach über die am 1. Oktober 1930 für den Hanoverstammbezirk Breslau in Kraft getretene Lehrplangordnung. Eingehend erläuterte er die wichtigsten Punkte. Wenn auch diese Lehrplangordnung nicht allen Wünschen gerecht wird, so ist sie doch als Fortschritt in unserm stetigen Kampf zu bezeichnen. Anschließend wurden die Reiseberichte entgegengenommen und auch der Bericht des Kartelldelegierten. Der Vorsitzende nahm Stellung zu den neuen Beitrags- und Unterfertigungsfragen. Da die Reiseverhältnisse durch die große Arbeitslosigkeit immer schlechter werden, mußte leider eine kleine Kürzung der Unterfertigungsätze für Durchreisende vorgenommen werden. Ausgezeichnet erhalten von nun ab 2 M. und eine Schlafkarte und Bezugsberechtigte 50 Pf. und eine Schlafkarte. Nach Schluß der Versammlung verfuhrte man, durch ein Tätigen den grauen Alltag auf wenige Stunden zu verzeihen. — In der gut besuchten Septemberversammlung hielt Kollege Töpfer einen Vortrag über „Einbrüche vom roten Wien“. Mit treffenden Worten entrollte er ein fesselndes Bild von der Arbeiterolympiade und schilberte auch die sozialen Verhältnisse, soweit sie ihm bekannt geworden. Beifall lohnte seine Ausführungen. Mit Bedauern wurde von dem Scheitern der Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung Kenntnis genommen. Um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen, wurde beschlossen, nach fünfjähriger Pause eine Weihnachtspfeife zu veranstalten. Außer der üblichen Weihnachtunterfertigung unfrer Frauen und Mitwen soll diesmal auch den Arbeitslosen eine Weihnachtspfeife bereitet werden. Um die Ortsliste noch etwas leistungsfähiger zu machen, wurde ein Antrag angenommen, 13 Wochen lang 10 Pf. freiwillig abzugeben. Es folgte noch die Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten.

Allgemeine Rundschau

Unternehmensurteil über die Wirtschaftskrise. In der „Papierzeitung“ kam es zu einer nunmehr abgeschlossenen Aussprache über die Ursachen der Krise und der Arbeitslosigkeit. In der Nummer vom 24. Oktober äußerte sich ein Fabrikant zu dem aufgeworfenen Thema wie folgt: „Der Behauptung, daß die Sorgen für diesen Winter kleiner wären als die, die wir im Krieg gehabt haben, muß ich widersprechen. Im Krieg waren z. B. die Kartonnagen- und Briefausstattungsfabriken gut beschäftigt, und die Anstalten lagen bestimmt 50 Proz. tiefer als heute. Wodurch sind die unangähigen großen Warenlager entstanden, wofür heute kein Absatzgebiet mehr da ist? Ist es nicht die Amerikanisierung unfrer Betriebe? An Stelle von Hunderten von Arbeitern wurden Maschinen gestellt, die sehr teuer waren und sich in kurzer Zeit amortisieren mußten, und ungeheure Mengen von Ware viel schneller schafften, als Menschenhände dies fertigbringen hätten. Die Folge war, daß die Produktion im Laufe der Zeit mit dem Absatz keinen Schritt mehr halten konnte, namentlich bei der ungeheuren Anzahl von Arbeitslosen, die durch die Amerikanisierung auf die Straße gesetzt wurden, für die meisten Waren als Käufer ausfielen. Erst wenn unfr Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot finden, wird der Absatz wieder konstant gehen, denn die Arbeiter geben ihr Geld für alles Mögliche aus, während die Maschinen uns wohl Geld verdienen können, aber kein Geld ausgeben und uns als Schredspenst anfahren.“ Zweifello ist ein durchaus zutreffendes und vernünftiges Urteil aus Unternehmenskreisen.

Zunehmendes Arbeitslosenseind. Dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober d. J. zufolge betrug die Zahl der Arbeitslosen am 15. Oktober rund 4 484 000. Seit dem letzten Stichtag hat die Arbeitslosenzahl um rund 129 000 zugenommen, gegenüber rund 133 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Verteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Unterfertigungsrichtungen ist in der Berichtszeit infolge des bekannten Beschlusses des Vorstandes der Reichsanstalt über die Kürzung der Höchstdauer des Unterfertigungsbezuges eine wesentliche Änderung eingetreten. Die Zahl der Hauptunterfertigungsempfänger in der Arbeitslosenzifferung hat um rund 200 000 auf 1 143 000 am 15. Oktober abgenommen. In der Krisenfürsorge wurde mit einer Zunahme um rund 150 000 eine Belastung von rund 1 290 000 Hauptunterfertigungsempfängern erreicht.

Über den Stand der Weltwirtschaftskrise. Das erste Halbjahr 1931 hatte auf wichtigen Gebieten der Weltwirtschaft einige Anzeichen einer Besserung der Konjunktur gebracht. Die Kredit- und Währungsrisik der letzten Monate, die von Mitteleuropa ihren Ausgang nahen und selbst die Vereinigten Staaten und England in ihren Strudel rief, hat alle Besserungstendenzen erstickt. Nachdem nun auch Frankreich die Wirkungen der Krise durch eine nie gekannte Arbeitslosigkeit heftig zu spüren bekommen hat, ist die industrielle Weltproduktion noch weiter gesunken. Über die künftige Entwicklung in Deutschland machte das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Wochenbericht folgende Feststellungen: „Die industrielle Warenerzeugung ist in den letzten Monaten erneut zurückgegangen. Die Indexziffer der Produktion wichtiger Industriezweige (1928 = 100) sank von 76,3 im April auf 68,1 im August 1931. Damit ist die Produktionszunahme im ersten Jahresviertel wieder völlig verloren gegangen. Die Produktion hält sich gegenwärtig unter dem in der Krise 1925/26 erreichten Tiefpunkt; sie entspricht etwa dem Umfang der Warenerzeugung in den Jahren 1922 und 1924. Gemessen an der Vorkriegszeit werden gegenwärtig etwa 30 Proz. weniger Waren produziert als im Jahre 1913 (ehemaliges Reichsgebiet); die Inbuitreproduktion ist gegenwärtig ungefähr so groß wie im Jahrhundertende (1900 bis 1903).“ Die industrielle Produktion in Deutschland ist also auf den tiefsten Stand der Stabilisierung gesunken. Angesichts dessen ist es als geradezu verbrecherei zu bezeichnen, wenn die Kaufkraft der wertfähigen Volksgelichter durch weiteren Lohn- und Gehaltsabbau immer noch mehr geschwächt wird.

„Das Beispiel von oben.“ Unter dieser Stidmarke berichtete der „Vorwärts“ unterm 24. Oktober über die Verhandlungen zur Neuregelung (d. h. Kürzung) der Löhne der Reichsarbeiter, die schärferten, weil die Regierungsvorteiler jegliches Entgegenkommen verweigern ließen. Auf Vorschlag der Organisationen wurden die Verhandlungen vertagt, um den einzelnen Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Auch die Verhandlungen über die Neuregelung des Lohnstarifvertrags für das Personal der staatlichen Schlepplämpfer auf dem Rhein-Herne-Hannover-Kanal sowie die mit der Martineleitung geführten Verhandlungen für die Arbeiter der Marinewerft sind ergebnislos verlaufen. „Alle diese Verhandlungen“, so bemerkt der „Vorwärts“ dazu sehr richtig, „tragen das gemeinsame Merkmal, im schroffen Widerspruch zu den Erklärungen des Reichsarbeitsministers zu stehen. Alle Behörden weikern in Forderungen nach einem zweiten allgemeinen Lohnabbau in demselben Jahr, in dem die Löhne bereits allgemein ganz erheblich abgebaut worden sind. So geht das nicht. Ob die Reichsregierung zu ihrem Vorsteht oder als wortbrüchig gelten will, ist ihre eigene Angelegenheit. Nicht ertragen und nicht gebudet werden kann aber, daß die Reichsregierung und die ihr nachgeordneten Behörden den Schafmachern der Privatwirtschaft das Beispiel zu einer unerhörten Schrabbildung der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterchaft geben.“

Wirtschaftsbeirat und Gewerkschaften. Über die Aufgaben und die Arbeitsweise des neugebildeten Wirtschaftsbetrats der Reichsregierung brachte die „Kölnische Zeitung“ dieser Tage aufsehenerregende Mitteilungen. Danach soll jedem Mitglied des Wirtschaftsbetrats ein strenges Schweigegebot auferlegt werden. Das wäre natürlich völlig unzulässig bei Entschuldigungen von weittragender Bedeutung, die die vitalen Volksinteressen berühren. Es scheint denn auch nur der Wunsch nach Aufhebung einer strengen Schweigegebot der Vater des Gedankens zu sein. Das geht zur Genüge aus den „Entfüllungen“ der „Kölnischen Zeitung“ hervor, worin es u. a. heißt: „Die Verhandlungen des Wirtschaftsbetrats werden ihren Höhepunkt in den Tagen erreichen, an denen über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entschuldigungen fällt. Gerichtet im Wirtschaftsbetrat auf allen Seiten erster Verhandlungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge einbezogen werden können. Freist es aber an dieser ersten Verhandlungsbereitschaft, so werden sich aus den Beratungen des Betrats Schwierigkeiten für die Tarifverhandlungen und umgekehrt aus den Geschehnissen in den Tarifverhandlungen Hindernisse für eine Einigung im Beirat ergeben.“ Das wären allerdings wesentlich andere Aufgaben des Wirtschaftsbetrats, als nach den Erklärungen des Reichskanzlers Billigung in dem Beirat der Reichsregierung erledigt werden sollen. Aus diesem Grunde haben denn auch die gewerkschaftlichen Spigenorganisationen zu den Mitteilungen der „Kölnischen Zeitung“ alsbald folgende Erklärung veröffentlicht: „In der „Kölnischen Zeitung“ und auch in andern Blättern befinden sich Mitteilungen über den voraussetzlichen Inhalt der bevorstehenden Verhandlungen des Wirtschaftsbetrats der Reichsregierung, die, falls sie auch nur annähernd zutreffen, nach einmütiger Ansicht der gewerkschaftlichen Spigenverbände die Verhandlungen des Wirtschaftsbetrats ernstlich gefährden müßten. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß ihre Mitwirkung an solchen Verhandlungen von der Voraussetzung ausgeht, daß Zweck und Aufgabe der Arbeiten des Wirtschaftsbetrats auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleiben.“

Die Gewerkschaften zur Erwerbslosenfriedung. Die Vorstände des DGB. und des AFD-Bundes erließen dieser Tage eine öffentliche Warnung vor übertriebenen Hoffnungen in Bezug auf die vielfach erörterten Pläne über die Anhebung von Erwerbslosen, um späterer Entlastung vorzugeben. Mit Recht wird von den beiden freigewerkschaftlichen Spigenorganisationen darauf hingewiesen, daß die bisherigen Pläne zur Durchführung von Stadtbrandbedingen beträchtliche Geldmittel voraussehen. Eine selbständige Existenzmöglichkeit bieten sie jedoch den Siedlern nicht, weil bei der vorgesehenen Größe der Siedlerstellen durch Bodenbearbeitung und Kleintierzucht nur ein geringer Beitrag zum Lebensunterhalt erarbeitet werden kann. Die Stadtbrandbedingung setzt also Weiterbeschäftigung des Siedlers in seinem Beruf oder den Bezug von Arbeitslosenunterfertigung voraus. Anstatt dessen wird daher in der Kundgebung der Gewerkschaften gefordert, daß in der augenblicklichen Notlage den Arbeitslosen

